

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 28 | 14.07.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 79/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem die **XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet** wird

[BGBl II 185/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur näheren Regelung der steuerbegünstigten Verwendung von Luftfahrtbetriebsstoffen (**Luftfahrtbegünstigungsverordnung**)

[BGBl II 187/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Luftverkehrsbetreiberzeugnis- und Flugbetriebs-Verordnung 2008** geändert wird

[BGBl II 189/2017 \(Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3; Anlage 4\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die Grundsätze einer einheitlichen und ordnungsgemäßen Haushaltsführung, der Abwicklung von Rechtsgeschäften, der Budgetierung, der Bilanzierung, der Erstellung von Jahresvoranschlägen und Jahresabschlüssen und der Prüfung von Jahresabschlüssen der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft und der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaften und über die Erstellung von Jahres-, Quartals- und Sonderberichten von Wirtschaftsbetrieben der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft und der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaften (**Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftswirtschaftsverordnung – HS-WV**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 176 v 07.07.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/1199 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1303/2013 im Hinblick auf spezifische Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher **Unterstützung** für von **Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

12.06.2017, [E 404/2017](#)

MietrechtsG; Entzug des gesetzlichen Richters durch Zurückweisung der Beschwerde gegen eine **verfahrensrechtliche Entscheidung der Schlichtungsstelle** betreffend die Unterbrechung des mietrechtlichen Verfahrens

13.06.2017, [K I 1/2017](#)

UniversitätsG; Vorliegen eines verneinenden Kompetenzkonflikts zwischen dem OGH und dem BVwG; Feststellung der **Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte** zur Entscheidung über die **Rechtmäßigkeit des Berufungsverfahrens für eine Universitätsprofessorenstelle**; Berufungsverfahren **kein behördliches Verfahren**; Aufhebung der die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in der Sache zu Unrecht verneinenden Beschlüsse

21.06.2017, [V 2/2017](#); [V 3/2017](#)

KanalgebührenO der Marktgemeinde Völs; keine Gesetzeswidrigkeit von Regelungen der KanalgebührenO bzw der Wasserleitungssatzung und WassergebührenO der Marktgemeinde Völs in Tirol betreffend die **einmalige Kanalanschlussgebühr** bzw Wasseranschlussgebühr **beim Wiederaufbau von Abbruchgebäuden**; privatrechtlich organisierte Aufschließung im Hinblick auf das Äquivalenzprinzip zu berücksichtigen; Abzug für den Abbruch auch bei Anlastung der Kosten für den Altbestand von einer Aufschließungsgesellschaft vorzunehmen; verfassungskonforme Auslegung der geprüften Bestimmungen möglich und geboten

21.06.2017, [G 329/2016 ua](#)

GewO; **Wr MarktO**; Abweisung des Antrags auf Aufhebung einer Verordnungsermächtigung der GewO 1994 sowie von Bestimmungen der Wr MarktO betreffend die **Kostentragung** für die **Entfernung eines den Marktverkehr beeinträchtigenden Fahrzeugs**; kein Verstoß der Verordnungsermächtigung gegen das Determinierungsgebot angesichts des Ziel und Zwecks einer Marktordnung und im Hinblick auf den zu berücksichtigenden Umfang des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde; keine ausschließliche Kostentragung für die Entfernung durch den Zulassungsbesitzer in der Marktordnung vorgesehen; Kostenregelung differenziert und in sich sachlich; statische Verweisung auf eine Bestimmung der StVO zulässig; keine Regelung des Verwaltungsverfahrens

27.06.2017, [G 17/2017 ua](#)

Oö LustbarkeitsabgabeG; keine Unsachlichkeit der **Ausnahme** von im Oö LustbarkeitsabgabeG taxativ genannten, per Legaldefinition **als Unterhaltungsgeräte geltenden Geräten von der Besteuerung**; keine Verfassungswidrigkeit der landesgesetzlichen Ermächtigung zur Einhebung einer Gemeindeabgabe für den Betrieb von Spielapparaten; keine Gesetzeswidrigkeit der LustbarkeitsabgabeO der Landeshauptstadt Linz

27.06.2017, [E 2468/2015 ua](#)

Bgld PflanzenschutzG; **Stare-Bekämpfungskosten-VO Podersdorf**; Anlassfall zu VfGH 21.06.2017, [V 79/2016 ua](#)

28.06.2017, [V 99/2015](#)

RechtsanwaltsO; keine **Gesetzeswidrigkeit** des in den RL für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs und für die Überwachung der Pflichten des Rechtsanwalts und des Rechtsanwaltsanwärters enthaltenen **Provisionsverbots** für die Tätigkeit von Rechtsanwälten; kein unverhältnismäßiger Eingriff in die Erwerbs(ausübungs)freiheit

28.06.2017, [G 344/2016](#)

StrafprozessO; kein Verstoß der angefochtenen, eine **Urteilsbegründung** nicht vorsehenden Bestimmung der StrafprozessO über die **Ausfertigung des Urteils eines Geschworenengerichts** gegen das Recht auf ein faires Verfahren; hinrei-

chende verfahrensrechtliche Vorkehrungen iSd Rsp des EGMR für ein Verständnis des Urteils trotz der fehlenden Begründung

28.06.2017, [E 3297/2016](#)

NÖ MindestsicherungsG; keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den **Ausschluss subsidiär Schutzberechtigter von Leistungen nach dem Nö MindestsicherungsG** angesichts der Leistungen aus der Grundversorgung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

30.05.2017, [Ra 2015/07/0098](#)

WasserrechtsG; gem § 21 Abs 4 WasserrechtsG bedarf die Änderung des Zwecks der **Wasserbenutzung** einer behördlichen Bewilligung; die **Zweckbindung** muss nicht zwingend im Spruch des Bewilligungsbescheids festgehalten werden; diese liegt jedoch vor, wenn erkennbar ist, dass die Bewilligung erteilt wird, um einen konkreten vom Konsenswerber angestrebten Zweck der Wasserbenutzung zu erfüllen; die Bindung eines Wasserbenutzungsrechts an einen bestimmten Zweck kann sich daher nicht nur aus einer ausdrücklichen Festsetzung im Bescheidspruch, sondern auch aus anderen Teilen des Bewilligungsbescheids bzw dem zugrunde liegenden Projekt ergeben

30.05.2017, [Ra 2016/07/0099](#)

AVG; WasserrechtsG; da das wasserwirtschaftliche Planungsorgan ggst Partei des Verfahrens nach § 21a WasserrechtsG war, war es nicht zulässig, dass es im selben Verfahren gleichzeitig auch als ASV auftritt; Vorliegen eines absoluten **Befangheitsgrunds** gem § 7 Abs 1 Z 1 AVG; selbst wenn man die Ansicht verträte, diese Person sei im Verfahren erster Instanz als wasserwirtschaftliches Planungsorgan aufgetreten, diese Funktion könne im Verfahren vor dem VwG von einem anderen Referenten wahrgenommen werden und diese Person könne daher im Verfahren vor dem VwG in einer anderen Rolle, nämlich als ASV auftreten, läge Befangenheit vor; Vorliegen eines sonstigen wichtigen Grunds, der geeignet wäre, die volle Unbefangenheit des ASV in Zweifel zu ziehen

30.05.2017, [Ra 2015/07/0106](#)

WasserrechtsG; die Frage des Widerstreits zwischen einer geplanten Wasserbenutzung und einem schon bestehenden Wasserrecht ist im Bewilligungsverfahren für die geplante Wasserbenutzung und nicht in einem **Widerstreitverfahren** gem §§ 17 iVm 109 WasserrechtsG zu lösen; nichts anderes gilt für den Fall, dass die dem bestehenden Recht widerstrebende geplante Wasserbenutzung zudem auch im Widerstreit zu anderen geplanten Wasserbenutzungen steht und deshalb in ein Widerstreitverfahren nach §§ 17 iVm 109 leg cit miteinbezogen wurde; in einem solchen Fall ist zunächst die Frage des Vorzugs im Widerstreitverfahren zu klären; erst wenn das fragliche Projekt siegreich aus dem Widerstreitverfahren hervorgeht und in das Bewilligungsverfahren eintritt, hat eine Klärung des Widerstreits zwischen diesem Projekt und dem bestehenden Recht zu erfolgen

19.06.2017, [Ro 2016/03/0028](#)

ÄrzteG; das ggst Argument, durch § 54 ÄrzteG, wonach der Arzt zur Verschwiegenheit über alle ihm in Ausübung seines Berufes anvertrauten oder bekannt gewordenen Geheimnisse verpflichtet ist, würden nur Rechte seiner Probanden begründet, nicht aber eigene, verkennt, dass die **Rechtssphäre des flugmedizinischen SV** auch dadurch berührt wird, dass ihm Verpflichtungen (Vorlage bestimmter flugmedizinischer Unterlagen) auferlegt werden; auch die erforderliche Klarstellung des Umfangs dieser Verpflichtungen kann daher gegebenenfalls ein **rechtliches Interesse an einer Feststellung** begründen

21.06.2017, [Ra 2017/03/0016 ua](#)

B-VG; Zurückweisung einer Revision gegen die naturschutzrechtliche Bewilligung des Projekts „**Semmering-Basistunnel neu**“; Nichtvorliegen einer Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung

20.06.2017, [Ra 2017/01/0118](#)

B-VG; Stmk VolksrechteG; Zurückweisung einer Revision der Zustellungsbevollmächtigten von Gemeindebürgern; Abweisung des Antrags auf **Durchführung einer Volksbefragung** im Zusammenhang mit der Umsetzung eines Kraftwerksprojekts erfolgte zu Recht; Nichtvorliegen einer Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 01.06.2017, [W112 2158882-1](#)

VwGVG; die Eingabengebühr ist im Rahmen des Kostenersatzes nicht erstattungsfähig; im Gegensatz zu § 59 Abs 3 VwGG ist ein Zuspruch der Eingabengebühr in § 35 VwGVG nicht vorgesehen; die Bestimmung über die Kosten bei Maßnahmenbeschwerden nach § 22a Abs 1a iVm § 35 VwGVG entspricht dem § 79a AVG (aufgehoben durch BGBl I 33/2013); dieser sah anders als § 35 Abs 4 Z 1 VwGVG ausdrücklich die Stempel- und Kommissionsgebühren, für die der Bf aufzukommen hat, als Aufwendungen an, die der obsiegenden Partei zu erstatten waren; da nun weder § 35 VwGVG noch das GebührenG einen **Kostenersatz der Eingabengebühr** vorsehen, sind diese Kosten **nicht ersatzfähig**

LVwG Oö 07.07.2017, [LVwG-000230](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; lebensmittelrechtliche **Fachbegriffe** in **englischer Sprache** sind **keine leicht verständliche Kennzeichnung** iSd § 3 Abs 1 lit a Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; es stimmt zwar, dass Grundkenntnisse der englischen Sprache, die in Österreich bereits auf unterster Stufe des Pflichtschulunterrichts vermittelt werden, als zum allgemeinen Bildungsgut gehörig vorausgesetzt werden können; insofern jedoch auch Wörter bzw Phrasen verwendet werden, deren Bedeutung von einem durchschnittlichen Konsumenten ohne Beiziehung einer Übersetzungshilfe nicht eigenständig ermittelt werden kann, darf diese Allgemeinkenntnis nicht mehr unterstellt werden

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[13.07.2017, Rs C-60/15 P, Saint-Gobain Glass Deutschland / Kommission](#)

Rechtsmittel – Recht auf Zugang zu Dokumenten der Organe der Europäischen Union – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Ausnahmen vom **Recht auf Zugang** – Art 4 Abs 3 Unterabs 1 – Schutz des Entscheidungsprozesses der Organe – Umwelt – **Übereinkommen von Aarhus** – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Art 6 Abs 1 – **Öffentliches Interesse** an der Bekanntgabe von **Umweltinformationen** – Von den deutschen Behörden an die Europäische Kommission übermittelte Informationen über die im deutschen Hoheitsgebiet gelegenen Anlagen, die von den Rechtsvorschriften der Union zum System für den **Handel** mit **Treibhausgasemissionszertifikaten** betroffen sind – Teilweise Versagung des Zugangs

[13.07.2017, Rs C-633/15, London Borough of Ealing](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – **Steuerbefreiungen für Dienstleistungen**, die in engem **Zusammenhang mit Sport** stehen – Art 133 – Ausnahme von der Befreiung bei Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil von der Mehrwertsteuer unterliegenden gewerblichen Unternehmen – Dienstleistungen von **Einrichtungen des öffentlichen Rechts ohne Gewinnstreben**

[13.07.2017, Rs C-651/15 P, VECCO ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (REACH) – Art 58 Abs 2 – Bewilligung – **Besonders besorgniserregende Stoffe** – Ausnahme – Verordnung zur Änderung von Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr 1907/2006 – Aufnahme von **Chromtrioxid** in das Verzeichnis der **zulassungspflichtigen Stoffe**

[13.07.2017, Rs C-701/15, *Malpensa Logistica Europa*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Verkehr – Wendung „**Nutzung eines geografisch abgegrenzten Gebiets** zum Zwecke der Bereitstellung von **Flughäfen** und anderen Verkehrseinrichtungen für Beförderungsunternehmen im Luftverkehr“ – Richtlinien 2004/17/EG und 96/67/EG – Nationale Regelung, die für die Zuweisung von Flughafenflächen **kein vorheriges Ausschreibungsverfahren** vorsieht

[13.07.2017, Rs C-76/16, *INGSTEEL und Metrostav*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2004/18/EG – Art 47 Abs 1, 4 und 5 – **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bieters** – Richtlinien 89/665/EWG und 2007/66/EG – Klage auf Nachprüfung einer Entscheidung über den **Ausschluss** eines Wirtschaftsteilnehmers von einem **Vergabeverfahren** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf

[13.07.2017, Rs C-89/16, *Szoja*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit – **Wandererwerbstätige** – Person, die eine Beschäftigung und eine **selbständige Erwerbstätigkeit** in **zwei verschiedenen Mitgliedstaaten** ausübt – Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 13 Abs 3 – Verordnung (EG) Nr 987/2009 – Art 14 Abs 5b – Art 16 – Wirkungen der Entscheidungen der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – Unzulässigkeit

[13.07.2017, Rs C-129/17, *Túrkevei Tejtermelő Kft*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Art 191 und 193 AEUV – Richtlinie 2004/35/EG – Sachlicher Anwendungsbereich – Luftverschmutzung aufgrund **illegaler Abfallverbrennung** – **Verursacherprinzip** – Nationale Regelung, die eine **gemeinsame Verantwortung** des Eigentümers des Grundstücks, auf dem die Umweltverschmutzung entstanden ist, und des Verursachers vorsieht

[13.07.2017, Rs C-133/15, *Ferenschild*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbrauchsgüterkauf** und Garantie für Verbrauchsgüter – Richtlinie 1999/44/EG – Art 5 Abs 1 – **Haftungsdauer des Verkäufers** – Verjährungsfrist – Art 7 Abs 1 Unterabs 2 – Gebrauchte Güter – **Vertragliche Begrenzung** der Haftung des Verkäufers

[13.07.2017, Rs C-151/16, *Vakaru Baltijos laivų statykla*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/96/EG – **Besteuerung von Energieerzeugnissen** und elektrischem Strom – Art 14 Abs 1 Buchst c – **Steuerbefreiung** von Energieerzeugnissen zur Verwendung als Kraftstoff oder Heizstoff für die **Schifffahrt in Meeresgewässern** der Europäischen Union und zur **Erzeugung elektrischen Stroms an Bord** von Schiffen – Für ein Schiff verwendeter Kraftstoff, um von dem Ort, an dem es gebaut wurde, zum Hafen eines anderen Mitgliedstaats zu fahren, um dort seine erste gewerbliche Fracht zu laden

[13.07.2017, Rs C-193/16, *E*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Richtlinie 2004/38/EG – Art 27 Abs 2 Unterabs 2 – **Beschränkungen des Einreise- und Aufenthaltsrechts** aus Gründen der **öffentlichen Ordnung, Sicherheit** oder **Gesundheit** – Ausweisung aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit – Verhalten, das eine tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr darstellt, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt – **Tatsächliche und gegenwärtige Gefahr** – Begriff – Unionsbürger, der sich im Aufnahmemitgliedstaat aufhält, in dem er eine Freiheitsstrafe verbüßt, die zur Ahndung wiederholter Straftaten des **sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen** verhängt wurde

[13.07.2017, Rs C-354/16, *Kleinsteuber*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Art 1, 2 und 6 – Gleichbehandlung – Verbot jeder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts – **Betriebliche Altersversorgung** – Richtlinie 97/81/EG – Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit – Paragraph 4 Nrn 1 und 2 – Modalitäten der **Berechnung** der erworbenen **Ruhegehaltsansprüche** – Regelung eines Mitgliedstaats – **Ungleichbehandlung von Teilzeitbeschäftigten**

[13.07.2017, Rs C-368/16, Assens Havn](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Zuständigkeit für Versicherungssachen** – Nationale Regelung, die in bestimmten Fällen ein Recht des **Geschädigten auf Klage unmittelbar gegen den Versicherer** des für den Unfall Verantwortlichen vorsieht – **Gerichtsstandsvereinbarung**, die zwischen dem Versicherer und dem Schädiger getroffen wurde

[13.07.2017, Rs C-433/16, Bayerische Motoren Werke](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Geistiges Eigentum – **Gemeinschaftsgeschmacksmuster** – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Art 81 und 82 – **Klage auf Feststellung der Nichtverletzung** – **Zuständigkeit** der Gemeinschaftsgeschmacksmustergerichte des Mitgliedstaats, in dem der Beklagte seinen Wohnsitz hat

B. SCHLUSSANTRÄGE

[11.07.2017, Rs C-462/16, Boehringer Ingelheim Pharma \(GA Tanchev\)](#)

Mehrwertsteuer – **Lieferung von Arzneimitteln** vom Hersteller an **Einzelhändler über Großhändler** – Art 73 und 90 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem – **Steuerbemessungsgrundlage** – Gesetzliche Verpflichtung für den Hersteller, einen **an den Verkaufspreis gekoppelten Abschlag** zu gewähren – Steuerbehörde eines Mitgliedstaats, die den Abschlag bei Lieferungen, bei denen gesetzliche (öffentlich-rechtliche) Krankenkassen, nicht aber Unternehmen der privaten Krankenversicherung involviert sind, als Preisnachlass behandelt – In der **Rechtssache Elida Gibbs**, C-317/94, **herausgearbeitete Grundsätze** – Grundsatz der Gleichbehandlung

[13.07.2017, Rs C-341/16, Hanssen Beleggingen \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Gerichtliche Zuständigkeit** und Vollstreckung von Entscheidungen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 2 Abs 1 – Gerichtsstand des Wohnsitzes des Beklagten – Art 22 Nr 4 – **Ausschließliche Zuständigkeit** für die **Eintragung** oder die **Gültigkeit** von Marken – Rechtsstreit über die Inhaberschaft einer **Benelux-Marke** – Klage gegen den formellen Inhaber einer Benelux-Marke auf Verzicht auf seine Rechte an der Marke als Inhaber

[13.07.2017, Rs C-292/16, A \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerrecht – Unternehmensbesteuerung – **Fusionsrichtlinie** (Richtlinie 90/434/EWG) – Einbringung einer ausländischen Betriebsstätte einer inländischen Gesellschaft in eine ausländische Gesellschaft – **Sofortige Besteuerung im grenzüberschreitenden Fall** im Gegensatz zur Nichtbesteuerung im Inlandsfall – Überprüfung des Sekundärrechts anhand der Grundfreiheiten – **Vergleichbarkeit zur Wegzugsbesteuerung** – Verhältnismäßigkeit der sofortigen Besteuerung bei Reduktion der Steuerlast

[13.07.2017, Rs C-194/16, Bolagsupplysningen und Ilsjan \(GA Bobek\)](#)

Verordnung Nr 1215/2012 – Zuständigkeit für Klagen aus unerlaubter Handlung, einer Handlung, die einer **unerlaubten Handlung gleichgestellt** ist, oder Ansprüchen aus einer solchen Handlung – Veröffentlichung von **Angaben im Internet** – **Persönlichkeitsrechte juristischer Personen** – Mittelpunkt der Interessen – Antrag auf Anordnung der Entfernung und **Richtigstellung** von Angaben in einem anderen Mitgliedstaat – Schadensersatzklage

[13.07.2017, Rs C-574/16, Scialdone \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 4 Abs 3 EUV – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Art 325 AEUV – **Schutz der finanziellen Interessen** der Union – Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (PIF-Übereinkommen) – **Nationale Regelung**, die strafrechtliche Sanktionen für die **Nichtabführung von Steuerabzügen** und Mehrwertsteuer innerhalb der gesetzlichen Frist vorsieht – Für Verstöße im **Bereich der Mehrwertsteuer** geltender **höherer Schwellenbetrag** – Nationale Regelung, wonach die Strafbarkeit entfällt, wenn die Mehrwertsteuer beglichen wird – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, **wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen** vorzusehen – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 49 Abs1 der Charta – Grundsatz der Gesetzmäßigkeit – **Rückwirkende Anwendung** des mildereren Strafgesetzes – Rechtssicherheit

C. GERICHT

[07.07.2017, Rs T-215/15, Azarov / Rat](#)

Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** angesichts der Lage in der **Ukraine** – Einfrieren von Geldern – Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen, deren Gelder und **wirtschaftliche Ressourcen eingefroren** werden – Beibehaltung des Namens des Klägers auf der Liste – **Begründungspflicht** – Verteidigungsrechte – **Eigentumsrecht** – Recht auf Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit – Verhältnismäßigkeit – Ermessensmissbrauch – Grundsatz der guten Verwaltung – **Offensichtlicher Ermessensfehler**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

11.07.2017, Beschwerde Nr [19867/12](#), *Moreira Ferreira (Nr 2) / Portugal (GK)*

Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Weigerung** der Regierung, trotz der diesbezüglichen Empfehlung des EGMR-Urteils aus 2011 das Verfahren wieder aufzunehmen, liegt in ihrem **Handlungsspielraum** und stellt keine Konventionsverletzung dar; **kein** aus der Konvention ableitbares **Recht auf Wiederaufnahme** des Verfahrens

11.07.2017, Beschwerde Nr [4619/12](#), *Dakir / Belgien*

Keine Verletzung von **Art 8** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und **Art 9** (Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit) sowie **Art 14** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8 und 9 EMRK**; **Konventionskonformität** des **Gesichtsbedeckungsverbots** in der **Öffentlichkeit**; Verweis auf Grundsätze im Urteil S.A.S. gg Frankreich; Verbot zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer gerechtfertigt

11.07.2017, Beschwerde Nr [37798/13](#), *Belcacemi und Oussar / Belgien*

Keine Verletzung von **Art 8** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und **Art 9** (Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit) sowie **Art 14** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8 und 9 EMRK**; **Konventionskonformität** des **Gesichtsbedeckungsverbots** in der **Öffentlichkeit**; Verweis auf Grundsätze im Urteil S.A.S. gg Frankreich; Verbot zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer gerechtfertigt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.